

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa,
Gerns Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsenwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkassamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1880
Circula Riesa Nr. 62.

Nr. 252.

Donnerstag, 28. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Reflammele 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrlings- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Seckstrasse 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Wahlschlacht in Sachsen.

Das sächsische Volk steht unmittelbar vor einer Entscheidung, die von weittragender Bedeutung für die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Lande ist. Der am 5. November 1922 gewählte Landtag hat seine Session beendet. Die Neuwahlen sind für den 31. Oktober angesetzt worden. Die Wahlschlacht ist im vollen Gange. Es wäre ein unnützes Beginnen, heute schon zu prognostizieren, welches Ergebnis dieser mit äußerster Erbitterung geführte Kampf zeitigen wird. Die Chancen der bürgerlichen Parteien einerseits und die der sozialistischen Parteien andererseits, sind ungefähr gleich verteilt. Es genügt ein nur geringfügiger Erfolg auf der einen Seite, um eine bürgerliche Mehrheit zu sichern, oder eine sozialistische Mehrheit für eine Reihe von Jahren zu bestreiten. Im allgemeinen sieht die Situation der bürgerlichen Parteien nicht überaus günstig aus. Leider ist es nicht gelungen, eine Einheitsliste, die einen Erfolg überaus gewährt hätte, anzufertigen. Im Gegenteil, die Zersplitterung im bürgerlichen Lager hat sich verstärkt. Während in den vergangenen Jahren das Bürgerium Sachsens in seinen politischen Zielen sich auf drei bürgerliche Parteien im Landtag stützen konnte, auf die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, hat sich jetzt das Bürgerium entschlossen zu müssen, mit nicht weniger als neun Listen in den Wahlkampf einzutreten. In den Listen der drei oben angeführten bürgerlichen Parteien tritt nun auch eine Liste der äußersten Rechten, eine Liste des Zentrum, eine der Wirtschaftspartei, eine der Konservativen und schließlich, was die tiefe Verwirrung und die Tendenz der Zersplitterung im bürgerlichen Lager dokumentieren dürfte, auch eine Liste der Sozialisten. Es ist selbstverständlich, daß ein so unheilvoll geführter Wahlkampf im Lager des Bürgeriums sich außerordentlich verhängnisvoll, ja geradezu niederwerfend auf die Interessen des Bürgeriums auswirken muß. Allerdings ist festzustellen, daß auf der Seite der Sozialisten die innere Verwirrung nicht minder ist, daß dort Rechtssozialisten, Linkssozialisten und Kommunisten sich mit einer Heftigkeit bekämpfen, die selbstverständlich auch nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis der Wahlen bleiben kann.

Bezüglich der innerpolitischen Lage Sachsens, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre entwickelte, zunächst ist festzustellen, daß die Zahl der sächsischen Landtagsabgeordneten durch Gesetz auf 96 herabgesetzt ist. Die Fülle der Wahlteilnahme spielt also für die Zahl der künftigen Landtagsabgeordneten gar keine Rolle. Das Verhältnis der einzelnen Parteien zu diesen 96 Abgeordneten verhält sich gemäß dem Ausgang der Wahl vom 5. Nov. 1922 wie folgt: 19 Deutschnationale, 19 Deutsche Volkspartei, 8 Demokraten, 40 Sozialdemokraten, 10 Kommunisten. Diese allerdings knappe sozialistische Mehrheit führte zunächst zu einem rein sozialistischen Ministerium. Später wurde jedoch Jaeger, der bisher nur das Ressort des Justizministeriums inne hatte, Ministerpräsident. In ein wenig radikales Fahrwasser Jaeger hineinsteuerte, hat man erfahren. Er sah die Kommunisten als regierungsfähig an und übertrug ihnen das Finanzministerium und auch das Wirtschaftsministerium. Wie verhängnisvoll sich dieser Kurs auf die Verhältnisse Sachsens einwirkte, erweist man schon daraus, daß dem Reich schließlich nichts mehr anderes übrig blieb, zur Wiederherstellung der Ordnung und einigermaßen normaler Verhältnisse Sachsen militärisch zu besetzen. Dieser energische Eingriff des Reiches führte dann unter dem Sozialisten Ost zu einem Ministerium der Großen Koalition, das sich bis heute erhielt.

Dieser Umschwung des politischen Kurzes in Sachsen war jedoch an eine Spaltung gebunden, die den bisher 40 Köpfe zählenden sozialdemokratischen Abgeordnetenkörper auseinanderriß. 23 Sozialdemokraten sprachen sich für eine Beteiligung an der Großen Koalition aus, die übrigen 17 schwenkten ins Lager der Radikalen über. Innerhalb der Koalition, auf die sich die große Koalition im sächsischen Landtag stützen konnte, sehr gering. Sie verfügte von den 96 Sitzen im Abgeordnetenhaus nur über 50, was eine Mehrheit von 4 Stimmen ergab. Trotz des außerordentlich heftigen Temperaments, mit dem der Kampf zwischen den beiden sozialdemokratischen Gruppen im sächsischen Landtag geführt wurde, und obgleich die Abkühlung sehr nahe lag, daß die knappe Mehrheit der Großen Koalition durch Abwesenheit nur weniger sozialdemokratischer Abgeordneter ins radikale Lager überging, hielt sich das Ministerium drei Jahre lang hindurch bis auf den heutigen Tag. Was immerhin eine Wertmaßgabe ist, die vermehrt zu werden verdient.

Die parlamentarischen Verhältnisse in Sachsen, wie wir sie hier geschildert haben, lassen außerordentlich klar erkennen, welche weittragende Bedeutung dem Ergebnis der Wahlen am 31. Oktober beigemessen werden muß. Für Sachsen handelt es sich darum, entweder zu verhindern, daß ein Schreckensregiment, wie es unter Jaeger herrschte, wieder Platz greift, oder dafür zu sorgen, daß die Entwicklung der Staatsgeschichte in Sachsen gelenkt wird, die ihre gütliche Gestaltung gewährt.

Man würde es begrüßen, wenn das Bürgerium Sachsens die angezeigte Gefahr erkennt, der es durch den Sieg einer sozialistischen Mehrheit ausgesetzt sein würde. Nur eine lässliche Beteiligung an der kommenden Wahl kann die Gefahr bannen. Das sollten sich alle Stimmberechtigten Bürgerlichen gelassen sein lassen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichskanzler empfing heute um 11 Uhr die Führer der Regierungsparteien, um mit ihnen über die Frage der Erwerbslosenunterstützung Abklärung zu nehmen.

Seine Rücktrittsabsichten Stresemanns.

Geistlose Gerüchte.

Dresden, 27. Oktober. Dem III. Sachsenlandtag wird von einer dem Außenminister Dr. Stresemann nahestehenden Seite mitgeteilt: In einem Teil der Provinzpresse werden im Zusammenhang mit der leichten Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die gemagelten Kombinationen verbreitet. Einzelne Blätter gingen so weit, dem Außenminister bereits Rücktrittsabsichten zu unterstellen. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Teil der Presse, der diese Nachrichten verbreitet, ohne Kenntnis der Zusammenhänge das Opfer ausländischer Machenschaften geworden ist, die insbesondere nach Thoiry systematisch den Sturz Stresemanns zum Ziele hatten.

Gegenüber diesen Mitteilungen sei festgestellt, daß die Erkrankung Dr. Stresemanns eine Bronchitis durchaus leichter Art ist, so daß mit seiner völligen Wiederherstellung schon in wenigen Tagen gerechnet werden darf. Alle anderen Mitteilungen sind frei erfinden.

Stresemann im sächsischen Wahlkampf.

In Bekämpfung der von uns bereits gebrachten Meldung teilt die Deutsche Volkspartei mit, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch seine Erkrankung verhindert ist, rednerisch in den Wahlkampf einzugreifen, so daß die angeführte Besprechung der Deutschen Volkspartei in Dresden nicht stattfinden kann. Der Führer der Deutschen Volkspartei wird in anderer Form noch vor dem Wahltage zu den Gegenwartsfragen der Sachsenpolitik Stellung nehmen.

Stresemanns Befinden verbessert.

Berlin. (Funkpruch.) Der Gesundheitszustand des Reichsaußenministers hat sich der B. zufolge wieder gebessert. Er hofft an der für morgen anberaumten Rabinetsitzung teilnehmen zu können.

Die Befugnisse der Militärkontrollkommission.

Paris. Der Berliner Korrespondent des Welt Warften meldet, in politischen Kreisen sei geteilt das Gerücht im Umlauf gewesen, daß in der Entwaffnungsfrage zwischen der Vorkonferenz und der deutschen Regierung über die noch nicht gelösten Punkte eine Einigung erzielt worden sei.

- Ein Kompromiß sei auf folgender Grundlage erzielt:
1. Die deutsche Regierung wird in einräumlicher Form das Verbot der Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr erneuern.
 2. Das Gesetz betr. die Freiwilligenverbände wird eine genauere und strengere Fassung erhalten.
 3. Die Frage der Regelung der Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial wird der Entscheidung der Konferenz über die Abrüstung überlassen werden.
 4. In der Frage der Befestigungswerke von Rönigsberg wird man eine für Deutschland befriedigende Lösung finden.
 5. Was die Befugnisse des Chefs der Reichswehr anbetrifft, werden neue Vorkehrungen getroffen werden, aus denen sich klar ergibt, daß die einzige verantwortliche Persönlichkeit auf alle Fälle der Minister ist.

General Koller für Militärkontrolle.

Berlin. Die die Morgenblätter aus London melden, war der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrates, General Koller, am gestrigen Mittwoch der Ehrenhaft bei einem Frühstück des englisch-französischen Frühstücksclubs, an dem auch der englische Kriegsminister Worthington Evans teilnahm. In einer Ansprache sagte er u. a.: Die Tatsache, daß Nationen sich nicht länger auf Erbitterung verlassen, mache die Verrückung des Ausdrucks Abrüstung schwierig. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Mittel besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen und wenn außerdem diese Nation sowohl qualitativ wie auch quantitativ genügend Munitionsmaterial zur Verfügung habe. Dies sei gerade der Fall in Deutschland. Die Bestimmungen des Versailleser Vertrages hätten zum Ziele die Erhaltung von Sicherheitskräften für die Sieger für eine genügende Zeit, um die allgemeinen politischen Kräfte inhand zu sehen, in Tätigkeit zu treten, um der Welt den Frieden zu sichern. Deutschland habe Schwierigkeiten jeder Art ihrer Durchführung in den Weg gelegt. Deshalb sei es notwendig, weiterhin die Augen auf Berlin zu halten. Als Sicherheit halte Frankreich weiterhin einen Teil des Rheines besetzt und es sei wohl bekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimesse. Sie grenze an die entmilitarisierte Zone, die sie isoliere und ihr eine innere Lage gebe. Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Ueberwachung bestünde.

Die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

Paris. Der zur Zeit hier tagende gemischte Ausschuss der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz, der mit der Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Seite des Abrüstungsproblems betraut ist, ist, wie Paris behauptet, zu Schlussfolgerungen gekommen, die den Vorschlägen der französischen Delegation in der vorbereitenden Kommission entsprechen sollen. Der gemischte Ausschuss

vertritt dem Blatt zufolge die Ansicht, daß es möglich sei, ein Budgetschema zu finden, das die Mittel an die Hand geben würde, die Unterzeichner des geplanten Abrüstungsabkommens zu zwingen, ihre Ausgaben für die Verteidigung ihres Landes nachzuweisen. Auch was die Kontrolle der Ausgaben anbetrifft, ist nach dem Rat der gemischte Ausschuss zu Folgerungen gelangt, die dem französischen Vorschlag gleichen sollen.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Berlin. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Brandes-Athof eine Sitzung des sächsischen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates statt, in deren Vordergrund die großen Probleme standen, die sich schon jetzt aus der Zusammenarbeit von Engländer und Deutschen Landwirtschaftsrat ergeben. Daneben befaßte man sich eingehend mit der Zusammenarbeit der großen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die mit Rücksicht auf die Beteiligung an den bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen besonderes Interesse beanspruchen. Die Behandlung der Probleme der Seidung und Landesfuhr wurden durch wertvolle Anregungen aus den Kreisen der Vertreter der Provinzen und Länder ergänzt.

Im Anschluß an die Sitzung hatte abends der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Dr. Brandes-Athof die Reichs- und Länderregierungen und Vertreter der großen Wirtschaftsverbände zu einem Bierabend im Kaiserhof geladen. Reichspräsident von Hindenburg beehrte durch persönliches Erscheinen sein Interesse an der Arbeit des Deutschen Landwirtschaftsrates im Sinne der weiteren Produktionssteigerung mit dem Ziele, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren. Neben dem Reichspräsidenten wohnten dem Bierabend u. a. fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung an. Neben dem Reichspräsidenten wohnten dem Bierabend u. a. fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung an. Neben dem Reichspräsidenten wohnten dem Bierabend u. a. fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung an. Neben dem Reichspräsidenten wohnten dem Bierabend u. a. fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung an.

Angedachte neue Pläne Schachts.

Berlin. Wie wir zuverlässig hören, sind geteilt der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Reichsfinanzminister vom Reichspräsidenten empfangen worden. Man bringt diese Besprechung mit einer Washingtoner Meldung in Zusammenhang, nach der angeblich der Reichsbankpräsident die Absicht haben sollte, im Januar zu einer Besprechung nach Newyork zu fahren, um hier mit dem Generalagenten für die Reparationen und dem Gouverneur der Federal Reserve Bank Verhandlungen zu pflegen. Angeblich sollten zu diesen Verhandlungen auch maßgebende Bank- und Finanzleute Englands und Frankreichs erscheinen. Wir erfahren nun authentisch, daß diese Meldung dem Reichsbankpräsidenten selbst überbracht habe, da er derartige Reiseabsichten nicht traf, sondern es sich in dieser Meldung lediglich um Kombinationen handele. Die Besprechung mit dem Reichspräsidenten galt anderen Fragen weniger wichtiger Natur.

Seine Verhinderung in Amerika gegen Deutschland.

Newyork. "Associated Press" meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Auslegung von deutschen Eisenbahnfonds und der Bildung eines europäischen Stahltrübs. Das Staatsdepartement und das Schatzamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über die beiden Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahltrübsplan erhalten habe. Das Schatzamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trübsplan hätte befragt werden sollen. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über eine amerikanische Bestimmung keinerlei berechtigte Grundlage hätten. Es wird dagegen angedeutet, daß hier einige Verstimmung bestanden habe über das finanzielle Bestreben der britischen und der französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern von Vereinbarungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler auszuschieben.

Besuch deutscher Handelskammervertreter in Holland.

Amsterdam. Eine Gesellschaft von ungefähr 100 Mitgliedern süddeutscher Handelskammern ist hier zur Besichtigung der Amsterdamer Gasanlagen eingetroffen. Sie werden geführt von dem niederländischen Generalkonsul in Aachen und befinden sich auf einer mehrtägigen holländischen Studienreise. Sie haben bereits die Däsen von Rotterdam und Amuiden und die Stadt und den Haag besucht. Einem im Haag veranstalteten offiziellen Empfang wohnten auch der deutsche Gesandte Baron Lucius v. Stoecken, der deutsche Konsul in Rotterdam Dr. von Hahn, der Generaldirektor der holländischen Amerikalnie Anpvidamierzäma sowie einige Vertreter holländischer Handelskammern und Behörden bei.